

DIE LINKE. Bonn und Linksfraktion Bonn, c/o Altes Rathaus, Am Markt, 53111 Bonn

Gregor Gysi
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jürgen Repschläger
Sprecher Kreisverband,
Stadtverordneter

Michael Faber
Fraktionsvorsitzender

c/o Linksfraktion Bonn
Altes Rathaus
Am Markt
53111 Bonn

Telefon 0228 / 77 40 81

Telefax 0228 / 77 40 85

Buero@linksfraktion-bonn.de

www.dielinke-bonn.de

Bonn, den 26 Juli 2010

Regierungsteilung Bonn/Berlin

Lieber Gregor,

zunächst möchten wir dir im Namen des Bonner Kreisverbandes unserer Partei und der Linksfraktion im Bonner Rat die besten Grüße von deiner alten Wirkungsstätte senden. Die Partei DIE LINKE entwickelt sich mittlerweile auch in Bonn. Der Einzug in den Rat in Fraktionsstärke und gute Ergebnisse bei den zurückliegenden Wahlen sind hiervon Ausdruck. Wir arbeiten insofern auch heute noch mit ganzer Kraft daran, den alten PDS-Werbespruch „Bonn sieht rot“ mit Leben zu füllen.

Jüngst haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Linksfraktion im Bundestag einen Antrag (Drs. 17/2419) eingebracht hat, der zum Ziel hat die Regierungssitzteilung zwischen Bonn und Berlin perspektivisch zu Gunsten Berlins aufzuheben. Es wird dich sicher nicht überraschen, aber als LINKE Verantwortungsträger in Bonn wollen wir Widerspruch gegen diese Initiative anmelden. Wir sind uns bewusst, dass man nicht die „Frösche fragen soll, wenn man den Teich trocken legen will“, doch hoffen wir, dass ihr unser Schreiben kritisch prüft.

Denn aus unserer Sicht sprechen rationale Argumente gegen den von euch eingebrachten Antrag. Hierbei wollen wir uns weniger auf den Aspekt der regionalen Bedeutung der Sicherung der Arbeitsplätze in Bonn beschränken. Wir wollen auch weniger auf die historische Bedeutung Bonns als Regierungssitz der westdeutschen Nachkriegszeit eingehen. Genauso wenig wollen wir in unserem Schreiben den Aspekt des Föderalismus als staatsprägendes Moment in der bundesdeutschen Verfasstheit hervorheben, der durch eine dezentrale Regierungsorganisation einen entsprechenden Ausdruck erhält.

Sicher hätten alle drei angeführten Punkte eine entsprechende Würdigung verdient. Wir wollen mit diesem Schreiben aber vornehmlich auf zwei andere Aspekte abstellen. Gerne wird in der Öffentlichkeit und auch in eurem Antrag darauf hingewiesen, dass die Zweiteilung des Regierungssitzes erhebliche Reibungsverluste im Hinblick auf Arbeitsabläufe zur Folge hat. Pendeleien zwischen Rhein und Spree bzw. auch in ökologischer Hinsicht schädliche Flüge führen aus eurer Sicht zur Notwendigkeit, die bisherige Arbeitsteilung zu beenden. Zur Redlichkeit gehört anzuerkennen, dass die räumliche Trennung durchaus und ohne jede Frage zu gewissen Schwierigkeiten in den Arbeitsabläufen führt. Die Frage ist aber, ob dieser Umstand, den Komplettumzug erfordert bzw. rechtfertigt?

Schaut man sich die Fakten an, die auch ihr eurem Antrag zu Grunde legt, so belaufen sich die Kosten für die Regierungssitzteilung auf rund 10 Mio. Euro per anno. Durchaus ein stattlicher Betrag, der nachdenklich stimmen muss. Die Frage muss allerdings erlaubt sein, in welcher Höhe der als Alternative angeführte Komplettumzug Kosten verursacht? Zu berücksichtigen ist hier nicht nur, dass die Schaffung von adäquaten Arbeitsflächen mit erheblichem baulichen Veränderungsbedarf und damit auch Kosten einhergeht. Hinzu kommen über eine jedenfalls mittelfristige Perspektive laufende Beihilfen und Unterstützungen für die noch weit über 9.000 Beschäftigten der Bundesregierung in Bonn, für die der Umzug entsprechenden Aufwand (Umzug, Pendelei etc.) bedeuten würde. Diese Kosten wären im Sinne einer sozialen und arbeitnehmerfreundlichen Umsetzung des Komplettumzuges zwangsläufig und dürften durch unsere Bundestagsfraktion nicht in Frage gestellt werden.

Man muss vor diesem Hintergrund die Zahl des Bundesrechnungshofes, der die Kosten für den Gesamtumzug auf rund 5 Mrd. Euro beziffert nicht teilen. Diese Größenordnung weist allerdings in eine Richtung. Die Behauptung, dass der Komplettumzug Kosten in Milliardenhöhe verursachen würde, ist vor diesem Hintergrund aus unserer Sicht stichhaltig. Angesichts dieser Größenordnung stellen sich die jährlichen Regierungsteilungskosten zwischen Bonn und Berlin als maßvoll dar. Sie dürften realistisch betrachtet unter den Kosten liegen, die alleine der Schuldendienst für die Kreditfinanzierung des Komplettumzuges ausmacht. Vor diesem Hintergrund sehen wir rationale volkswirtschaftliche Argumente, die gegen den von euch eingebrachten Antrag sprechen. Die für den Komplettumzug aufzuwendenden Mittel sehen wir jedenfalls sinnvoller in Investitionen in die soziale und kulturelle Infrastruktur des Landes investiert.

Hinzu kommt, dass auch nach einem Komplettumzug eine vollständige Einstellung der Pendelei nicht zu erwarten ist. Immerhin rufen auch dann die neben der Bundesregierung in Bonn angesiedelte Einrichtungen, wie etwa der Bundesrechnungshof oder die Vereinten Nationen, weiterhin entsprechenden Pendelverkehr hervor.

Ein weiterer Punkt sollte zudem gerade für uns als LINKE von maßgeblicher Bedeutung sein: die Interessen der ca. 9.000 Beschäftigten der Bundesregierung in Bonn. Diese wollen in ihrer übergroßen Mehrheit den Komplettumzug, der für Sie und ihre Familien Entwurzelung bedeutet, nicht. Die Menschen sind im Rheinland verwurzelt und fühlen sich in ihrer übergroßen Mehrzahl hier wohl. Wir appellieren an euch, diese Interessen bei euren Entscheidungen nicht hinten anzustellen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir dich und die gesamte Bundestagsfraktion bitten, die im jüngsten Antrag zum Ausdruck kommende Position zu überdenken. Die Bundesstadt Bonn hat wie der Großteil der seinerzeit abstimmenden Bundestagsabgeordneten darauf vertraut, dass der Beschluss „Pro Berlin“ auf einer dauerhaften fairen Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin basiert. Im Sinne der Beschäftigten, der SteuerzahlerInnen und natürlich auch der rheinischen Region hoffen wir, dass man sich auf diese Vereinbarung auch in Zukunft verlassen kann. Über eine Antwort in dieser Angelegenheit würden wir uns sehr freuen. Gerne würden wir zu dieser Frage auch mit euch in einen solidarisch-kritischen Dialog kommen. Über einen Besuch in Bonn würden wir uns daher nicht nur vor diesem Hintergrund sehr freuen.

In diesem Sinne verbleiben wir

mit solidarischen Grüßen



Michael Faber
Vorsitzender der
Linksfraktion im
Bonner Stadtrat



Jürgen Bepschläger
Sprecher des KV Bonn
Stadtverordneter